DENIZ DIREKT

Noch immer befinden wir uns inmitten der größten Krise der Nachkriegszeit: Das Corona-Virus gefährdet weiterhin Leib und Leben der Menschen auf der ganzen Welt. Festzustellen ist, dass unsere staatlichen Maßnahmen und Einschränkungen des öffentlichen Lebens zur Abflachung der Infektionskurve erste Erfolge zeigen. Die Zahlen der Neuinfektionen gehen zurück und im Vergleich zu anderen Nationen ist die Sterblichkeitsrate relativ gering.

Nichtsdestotrotz kann von einer Entspannung der Lage nicht die Rede sein. Das Gebot der Stunde lautet weiterhin:

Abstand halten, Zuhause bleiben -sofern es geht- und ab Montag die Pflicht zum

Tragen einer

Alltagsmaske im ÖPNV und beim Einkaufen. Ich denke, dass die Maskenpflicht einen sinnvollen Beitrag dazu leisten wird, Mitmenschen vor einer Infektion schützen zu können. Es sollte aber klar sein, dass sie kein Allheilmittel ist!

Ich möchte mich bei allen Menschen bedanken, die sich seit Wochen trotz der harten Einschränkungen diszipliniert an die Regeln halten und somit einen wichtigen Beitrag für uns alle leisten. Ein besonderer Dank gilt allen, die weiterhin ihrer Arbeit nachgehen und sich für das soziale Miteinander engagieren. Hart sind die aufgestellten Regeln vor allem für diejenigen, die ihrer Arbeit nicht nachgehen dürfen und somit um ihre wirtschaftliche Existenz bangen. Gefühlt durchgängig bin ich in den vergangenen Tagen und Wochen mit vielen Unternehmerinnen und Unternehmern und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Kontakt, um mir nicht nur ein Bild davon zu machen, sondern im Kleinen zu helfen, wo es geht. Ein Dank geht dabei auch an mein Team, welches in dieser denkwürdigen Zeit zum Teil aus dem Homeoffice alles Mögliche getan hat, damit wir schnell Antworten geben und Hilfe leisten können.

Für mich ist es beeindruckend, dass die Allermeisten Verständnis für die harten persönlichen und beruflichen Einschränkungen haben und sich solidarisch zeigen. Dennoch ist klar: Wir verlangen unserer freiheitlichen Gesellschaft extrem viel ab! Dies ist auch den politisch Verantwortlich-

DENIZ DIREKT

en bei allen Handlungen sehr bewusst. Wir greifen schließlich tief in die Grundrechte jedes einzelnen Menschen ein und dies ist ein sehr sensibler Punkt, denn es geht um die Freiheitsrechte einer hart erkämpften Demokratie. Den Balanceakt zwischen Freiheit und Einschränkungen gilt es nun klug und besonnen aufrechtzuerhalten, damit wir unser Gesundheitssystem nicht an die Belastungsgrenze oder gar darüber hinaus bringen. Wer jetzt denkt, dass sofort wieder die Normalität wie vor der Corona-Pandemie einkehren kann, der irrt gewaltig! Wenn wir nun zu schnell öffnen, - wie es einige fordern - dann waren alle Anstrengungen und Einschnitte der letzten Wochen völlig vergeblich.

Am gestrigen Donnerstag hat in Hannover eine Sondersitzung des Niedersächsischen Landtages stattgefunden. Beantragt wurde diese Sitzung durch Grüne und FDP. Hintergrund der Beantragung ist die Corona-Krise und ihre sozialen, kommunalen und wirtschaftlichen Auswirkungen. Wir als Regierungsfraktion haben bereits zu Beginn der Legislaturperiode deutlich gemacht, dass uns die Minderheitenrechte im Parlament wichtig sind und wir im Falle, dass zwei Oppositionsfraktionen Anträge auf Sondersitzungen etc. Stellen, wir zur Erreichung des nötigen Quorums beitragen werden. Alleine das Zustandekommen dieser Sondersitzung beweist also, dass die Handlungsfähigkeit unserer Demokratie in Krisenzeiten gegeben ist.

Zu Beginn der Plenarsitzung hat unser Ministerpräsident Stephan Weil eine Regierungserklärung abgegeben. Dabei skizzierte er die durchgeführten Maßnahmen und erklärte, was weitere Schritte sein könnten. Meine volle Unterstützung hat er bei der Aussage, dass man sich an weitere Lockerungen nur langsam herantasten

könne. Stephan Weil stellte sich außerdem der Kritik, dass Verordnungen mehrfach überarbeitet werden mussten und die Abstimmung zwischen den Bundesländern, gerade im Fall der Maskenpflicht, mitunter schleppend verlief. In einer solchen Ausnahmesituation sind Fehler menschlich und nachvollziehbar. Solange sie korrigiert werden, sollten die politischen Gegner sich davor hüten, es zur Selbstprofilierung zu nutzen. Gerade in der Krise ist ein parteiübergreifender Zusammenhalt gefragt!

Neben Corona hatte die AfD-Fraktion eine aktuelle Stunde zur Flüchtlingssituation auf den griechischen Inseln beantragt. Dabei hat sie mal wieder auf widerliche Art und Weise gezeigt, welchen Wert Menschen, die sich auf der Flucht vor Krieg und Gewalt befinden, für sie haben. Dabei kritisierten sie den Vorstoß von unserem Innenminister Boris Pistorius. Sein engagiertes Handeln auf Bundesebene hat dazu geführt, dass am Wochenende 47 Kinder aus den unwürdigen Verhältnissen der griechischen Flüchtlingslager nach Niedersachsen kommen konnten. Diesen menschlichen Akt unseres Bundeslandes nutzte die AfD mal wieder gezielt, um ihren Hass und ihre Hetze gegen Ausländer nach außen zu propagieren und versucht diese salonfähig zu machen. Ich bin mir sicher, dass die Niedersachsen dies durchschauen und hoffe, dass noch weitere unbegleitete Kinder aus den Flüchtlingslagern den Weg nach Niedersachsen finden werden! Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist dies eine Frage der Menschlichkeit und nicht des politischen Kalküls!

Wichtig: Das Wahlkreisbüro ist angesichts der aktuellen Lage für den Publikumsverkehr geschlossen. Wir sind telefonisch (04221 15212 19) und per E-Mail (buero@deniz-kurku.de) aber weiterhin erreichbar und versuchen jede Frage und alle Anregungen zu beantworten.